

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3361  
des Abgeordneten Gordon Hoffmann  
der CDU-Fraktion  
Drucksache 5/8486

### **Beeinträchtigungen durch Saatkrähen in der Stadt Wittenberge - Nachfragen zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 630 in Drucksache 5/1698**

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3361 vom 11.02.2014:

Seit mehreren Jahren klagen die Einwohner der Stadt Wittenberge über Belästigungen durch Saatkrähen. Auch auf dem Gelände des örtlichen Pflegeheims befindet sich eine Kolonie. In der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 630 antwortete die zuständige Ministerin, dass die Saatkrähe zwar unter den besonderen gesetzlichen Schutz des § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz fällt, jedoch auf der Grundlage der in § 45 Abs. 7 Nr. 1-5 Bundesnaturschutzgesetz genannten Gründe eine Ausnahme von den artenschutzrechtlichen Verboten zugelassen werden könnte, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Saatkrähen-Population nicht verschlechtert.

Ich frage deshalb die Landesregierung:

1. In der Antwort auf Frage 3 der Kleinen Anfrage Nr. 630 antwortete die zuständige Ministerin, dass zum Zeitpunkt der Beantwortung der v.g. Kleinen Anfrage noch geprüft wurde, ob die Voraussetzungen zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 Nr. 1-5 BNatSchG vorliegen. Wer führte die Prüfung durch und zu welchem konkreten Ergebnis führte die Prüfung?
2. Welche konkreten Maßnahmen können auf der Grundlage des Prüfergebnisses durchgeführt werden? (bitte erläutern)
3. Welche alternativen Lösungsmöglichkeiten sieht die Landesregierung zur Lenkung einzelner Teilkolonien (u.a. auf dem Gelände des örtlichen Pflegeheims), sofern die Prüfung zu dem Ergebnis kam, dass die Voraussetzungen

zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 Nr. 1-5 BNatSchG nicht vorliegen?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

In der Antwort auf Frage 3 der Kleinen Anfrage Nr. 630 antwortete die zuständige Ministerin, dass zum Zeitpunkt der Beantwortung der v.g. Kleinen Anfrage noch geprüft wurde, ob die Voraussetzungen zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 Nr. 1-5 BNatSchG vorliegen. Wer führte die Prüfung durch und zu welchem konkreten Ergebnis führte die Prüfung?

Frage 2:

Welche konkreten Maßnahmen können auf der Grundlage des Prüfergebnisses durchgeführt werden? (bitte erläutern)

Zu Frage 1 und 2:

Die Zuständigkeit für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen von Vorschriften zum Schutz von Tieren besonders geschützter Arten liegt bei den Landkreisen. Im Hinblick auf die Saatkrähen in Wittenberge ist der Landesregierung weder bekannt, ob eine weitere Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 Nr. 1 - 5 BNatSchG beantragt wurde, noch das Ergebnis einer etwaigen Ausnahmeprüfung durch den insoweit zuständigen Landkreis Prignitz.

Frage 3:

Welche alternativen Lösungsmöglichkeiten sieht die Landesregierung zur Lenkung einzelner Teilkolonien (u.a. auf dem Gelände des örtlichen Pflegeheims), sofern die Prüfung zu dem Ergebnis kam, dass die Voraussetzungen zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 Nr. 1-5 BNatSchG nicht vorliegen?

Zu Frage 3:

Keine. Auch die Lenkung einzelner Teilkolonien bedarf einer Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 Nr. 1 - 5 BNatSchG. Allerdings sind kleinere Lenkungsmaßnahmen eher genehmigungsfähig als massive Vergrämnungsmaßnahmen.